



Bezirk
Frankfurt

Presseinfo

Frankfurt, 24. August 2005

IG Metall-Bezirksleiter wirbt um Unterstützung für Betriebsräte-Wahlaufruf

Für Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte Partei ergreifen

Der für Rheinland-Pfalz zuständige IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild hat an Betriebsräte seiner Gewerkschaft in dem Bundesland appelliert, einen Aufruf von Betriebs- und Personalräten zur Teilnahme an der bevorstehenden Bundestagswahl zu unterstützen. In dem Aufruf werde unter dem Motto „Wählen gehen!“ nicht für die Wahl einer bestimmten Partei geworben, sondern für politische Inhalte, sagte Schild zum Charakter des Aufrufs. Dabei stünden der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Weiterentwicklung des Sozialstaats im Mittelpunkt.

Mit der Aussage „Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung sind Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und des erfolgreichen Wirtschaftsstandorts Deutschland“ ergreife der Aufruf allerdings auch Partei gegen wahlprogrammatische Aussagen von CDU/CSU und FDP. „Beide Parteien wollen bei einem Wahlsieg an diesen Grundpfeilern rütteln und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch ihre Betriebsräte und Gewerkschaften nachhaltig schwächen“, begründete der IG Metall-Bezirksleiter die Parteinahme für den Erhalt von Tarifautonomie und Mitbestimmung.

Wie ernst es die Unionsparteien meinen, zeige das von Kanzlerkandidatin Angela Merkel angekündigte Programm für die ersten 100 Tage, sagte Schild. Sie wolle bereits zum Anfang 2006 den Kündigungsschutz lockern, die Mitbestimmung einschränken und die staatlich geförderte Frühverrentung abschaffen. Dieser „Mix aus beschäftigungspolitischer Konzeptionslosigkeit, demokratiefeindlicher Ausgrenzung und sozialpolitischer Grausamkeit“ würde der Auftakt sein für den Marsch in die Marktwirtschaft pur. Er würde mit der Umsetzung der Steuerpläne des Professors Paul Kirchhof aus dem Merkel-Kompetenzteam fortgesetzt, die eine gigantische Umverteilung von unten nach oben bewirken würde. Das sollten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen, empfahl der Bezirksleiter.